

Offener Brief in Verbindung mit meinen Schreiben, u.a. vom 02./ 04./ 06.04.2012 (*)

Edeltraud Debusmann | Otto-Hahn-Straße 7 | 63150 Heusenstamm

Deutscher Bundestag
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1

11011 Berlin

P I R A T E N P A R T E I
Klare Positionen
für die Schutzrechte
der Bürgerinnen und Bürger
vor staatlichen Eingriffen

Betreff: Beschwerde

Bezug: Ihr Schreiben vom 12.04.2012, hier Mehrfachpetition Direktversicherungs-Altverträge, ID-11367 und Pet. 2-17-15-8272-011026

Sehr geehrte Frau Steinke,
in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Petitionsausschusses.

Ich nehme Bezug auf das Schreiben 12.04.2012 von Herrn Dziedzioch, erhalten am 20.04.2012.

Die Antwort, „*Ihr Anliegen ist abschließend parlamentarisch behandelt worden, ... Ihr Schreiben vom 02.04.2012 enthält keine neuen, entscheidungserheblichen Gesichtspunkte*“, und die Aussage im zweiten Absatz ist eine **unglaubliche Ignoranz** den Petenten gegenüber, da eine klare **Falschaussage!**

Ich, wie alle Petenten haben dem Petitionsausschuss seit Jahren in vielen Schreiben berechtigte Fragen gestellt, meine in Kurzfassung erneut mitgeteilt mit Brief vom 02.04.2012 (*).

Der Petitionsausschuss hat es noch nicht einmal für nötig befunden darüber zu diskutieren, sondern die Einwände zu den Petitionen ohne Aussprache an den Bundestag zurück gegeben. So einfach macht man sich das. Damit geben Sie eine erneute Steilvorlage zur weiteren Politikverdrossenheit.

Ich bestehe auf Antworten (*), da es keine neuen, sondern seit langem bestehende Fragen sind.

Wenn Schwerverbrecher und Kinderschänder in unserem Staat inzwischen mehr Rechte haben (es gelten laut BVerfG die Gesetze zum Zeitpunkt der Verurteilung, ein Rückwirkungsverbot ist unzulässig) als Bürger, die den Vorgaben des Staates vertraut hatten (hier werden Verträge ohne Vorwarnung vom Gesetzgeber rückwirkend geändert, Vertrauensschutz mit Füßen getreten, Rückwirkungsverbot in Abrede gestellt), dann müssen sich die Abgeordneten (aber auch die Richter vom BVerfG) schon die Frage gefallen lassen, ob das heute neues Gedankengut parlamentarischer (richterlicher) Entscheidungen ist. Die Bürger werden zum „Spielball der Politik“. Bei dieser Sachlage ist in unserer Gesetzgebung etwas „oberfaul“, das ist inakzeptabel und der „Wutbürger“ entsteht als Ergebnis dieser Tatsachen.

Völlig unverständlich, dass Sie mit keinem Wort auf die Ungeheuerlichkeit der 30 %igen Gehaltserhöhung (= 90.000 Euro!) des Vorsitzenden der Bundeskassenärztlichen Vereinigung eingegangen sind mit verheerenden Folgen für die Beitragszahler. Ich z.B. muss 75 Jahre (!) lang Monat für Monat einen vom Gesetzgeber erzwungenen Zusatzbetrag von 100 Euro zahlen, nur um die Gehaltserhöhung eines einzelnen Herrn – und das auch nur für ein einziges Jahr – sicher zu stellen.

Damit akzeptieren Sie stillschweigend die Selbstbedienungsmentalität und das Lobbyistengeflecht zwischen Politik und GKV. Die Beitragszahler als „melkende Kühe“. War das auch mit ein Grund bei der Suche nach einer weiteren Geldquelle, hier die Beitragszahlungen der Arbeitnehmer aus Weihnachtsgeld, Arbeitslosengeld und Rente (somit Privatvermögen!) als BETRIEBSRENTE zu deklarieren?

Sie werden bestimmt Verständnis für unseren weiteren Widerstand haben, dass diese unhaltbaren Zustände von den Betroffenen nicht akzeptiert werden können. So geht man nicht mit mündigen Bürgern um.

Und Sie werden Verständnis dafür aufbringen müssen, dass wir (das Internet ist unser Verbündeter) für die nächste Bundestagswahl nur die Partei(en) wählen werden, die

- sich dem Wohle des Souveräns und nicht dem Wohle von Spitzenverdienern verpflichtet fühlen,
- den Begriff BETRIEBSRENTE danach ausrichten, wer hat die Beiträge bezahlt, und nicht, wer ist Vertragsinhaber!

Offenbach Post vom 20.04.2012

Joachim Gauck

Demokratie stärken



Bundespräsident Joachim Gauck hat die politische Protestszene in Deutschland aufgefordert, konstruktiv in Parteien und Kommunalparlamenten mitzumischen. „Unsere repräsentative Demokratie ist ein Schatz“, sagte er bei einer Rede im Stuttgarter Landtag. Demokratische Institutionen dürften „kein fernes Gegenüber und erst recht kein Gegner“ sein. Gauck weiter: „Die Begeisterungsfähigkeit, Freude am Engagement und Spontaneität von Ad-hoc-Gruppen, freien Initiativgruppen oder Online-Aktionen sind ein wunderbarer Ausdruck einer lebendigen Demokratie.“ Er sehe aber auch mit Sorge, dass viele dieser engagierten Bürger „mit den Mechanismen und Formen der repräsentativen Demokratie fremdeln“.

Bundespräsident Joachim Gauck hat die politische Protestszene in Deutschland aufgefordert, konstruktiv in Parteien und Kommunalparlamenten mitzumischen. „Unsere repräsentative Demokratie ist ein Schatz“, sagte er bei einer Rede im Stuttgarter Landtag.

Mit politischer Protestszene ist u.a. die Piratenpartei gemeint. Mit Bezug auf die Sendung im ZDF am 19.04.2012 bei Maybritt Illner „PIRATEN, Klar machen zum Ändern“ wurde von allen Gästen – sogar mit Bewunderung! – bestätigt, dass der Erfolg aus dem Nichts eindeutig aus der Unzufriedenheit mit den anderen Parteien zu erklären ist.

Auch die mehr als sechs Millionen Betroffenen werden bei den nächsten Wahlen zu den Protestwählern gehören, erst recht in Kenntnis Ihrer Verweigerung von Antworten zu unseren Fragen. Das Internet bietet hierzu, auch uns Älteren, die beste Gelegenheit zum Meinungsaustausch und zur Meinungsbildung.

„Unsere repräsentative Demokratie ist ein Schatz“.

Danke Herr Bundespräsident, wir Betroffenen haben verstanden.

Offenbach Post vom 20.04.2012

Tarek Al-Wazir

Kritik an Piraten



Der Fraktionschef der Grünen im Landtag, Tarek Al-Wazir, hat die Politikfähigkeit der Piraten-Partei in Frage gestellt. Politiker könnten auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn sie nur Fragen stellten, aber keine Antworten geben könnten, sagte er im Hessischen Rundfunk. Es reiche nicht aus zu sagen, „wählt uns, dann könnt ihr kostenlos downloaden“. Für ist das Aufkommen der Piraten ein Zeichen für eine große Unzufriedenheit mit der Politik, so Al-Wazir in der Sendung „hr-INFO Im Gespräch“.

_____>>>

Der Fraktionschef der Grünen im Landtag, Tarek Al-Wazir, hat die Politikfähigkeit der Piraten-Partei in Frage gestellt. Politiker könnten auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn sie nur Fragen stellten, **aber keine Antworten geben könnten**, sagte er im Hessischen Rundfunk.

In gleicher Weise hat sich Klaus Wowereit bei Maybritt Illner geäußert.

Hierzu passt die Antwort von dem Stern-Hauptstadtreporter Hans-Ulrich Jörges mit der Feststellung ...

„Die Piratenpartei sind ein Spiegel von Euch alten Parteien ...“.

Auch Sie vom Petitionsausschuss, Vertreter aus allen Parteien im Deutschen Bundestag, **geben keine Antworten auf gestellte Fragen!**

Es ist unredlich, anderen etwas vorzuhalten,
aber selbst nicht danach zu handeln!

Sehr geehrte Frau Steinke,

jüngstes Beispiel:

Im Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zur Reform der Pflegeversicherung vom 27.03.2012 (http://www.spdbundestagsfraktion.de/cnt/rs/rs_dat_ei/0,,15923,00.pdf) liest man auf Seite 32 ...

„**Vertrauensschutz ist uns wichtig**“, und auf der Seite zuvor werden „**Grundprinzipien**“ eingefordert.

Bekanntlich sind vom rückwirkenden Eingriff in bestehende Direktversicherungsverträge viele Millionen des wählenden Volkes betroffen, denen jedoch hat die SPD den Vertrauensschutz abgesprochen!

Was ist das nur für eine Partei, die selbst ihren eigenen Grundprinzipien untreu wird?

Damit ein klarer Beweis, wie die Bürger zum Spielball einer von Interessen geleiteten Politik werden.

Es ist unredlich, von anderen etwas zu fordern,
aber selbst nicht daran zu halten!

Interessant auch das Interview im ZDF-direkt, heute 22.04.2012 / 19:10 Uhr zwischen Bettina Schausten (Leiterin des ZDF-Hauptstadtbüros) und Christian Lindner (Spitzenkandidat der FDP bei der NRW-Landtagswahl am 13.05.2012) bei der Frage nach dem Betreuungsgeld. Die zweimalige Antwort von Herrn Lindner „**wir sind vertragstreu**“ unserem Koalitionspartner gegenüber.

Es sei die Gegenfrage von mehr als sechs Millionen Betroffenen einer Direktversicherung erlaubt, **wie steht es hier mit der Vertragstreue**, die mit dem GMG außer Kraft gesetzt wurde? Das ist doppelzüngige Politik auf dem Rücken von Menschen, die sich ihre Beiträge am Munde absparen und als Betrogene fühlen. Ausführliches hierzu in meinen o.g. Schreiben an den Petitionsausschuss.

Wieviel „Spiegel“ (Hans-Ulrich Jörges) muss man unseren Volksvertretern noch vorhalten, damit sie die Gründe für die Politikverdrossenheit endlich erkennen?

Sie haben es immer noch in der Hand, die zugefügte Demütigung an vertrauensseligen Menschen (die auch Wähler sind!) zu erkennen und zu korrigieren. Der Count down läuft, die nächsten Landtagswahlen haben wir in wenigen Wochen, und die Bundestagswahlen sind auch nicht mehr weit.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Verteilung an alle Ausschussmitglieder und deren Parteivorstände.

gez. Edeltraud Debusmann

zur Kenntnis an:

- ZDF „Maybritt Illner“ (info@zdf.de)
- Stern-Hauptstadtreporter „Hans-Ulrich Jörges“
- Bundespartei der Piraten, Berlin (<http://www.piratenpartei.de/partei/bundesvorstand>)
- Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (in Ergänzung zu meinen Schreiben vom 29.03./ 30.03/ 04.04.2012)

Anlagen: Berichte in der Offenbach-Post vom

13.04.2012 „Piratenpartei hat immer mehr Mitglieder

16.04.2012 „Piraten für 30% wählbar

19.04.2012 „72 Prozent mißtrauen Politikern

Offenbach Post vom 13.04.2012

Piratenpartei hat immer mehr Mitglieder

Berlin (dapd/dpa) ■ Die Piratenpartei wird mit Anträgen neuer Mitglieder überflutet. Angesichts guter Umfrageergebnisse von bis zu 13 Prozent nahmen die Piraten gestern das 25000ste Mitglied auf, wie die Partei mitteilte. Vor einem Monat gab sie ihre Anhängerzahl noch mit 21 600 an. Parteichef Sebastian Nerz gab sich euphorisch: „Dieser Trend wird so lange weitergehen, bis die etablierten Parteien aufwachen und anfangen, sich mit unseren Themen zu beschäftigen.“ Zudem wollen Piraten aus mehr als 20 Ländern am Wochenende in Prag über die Bildung einer Europäischen Piratenpartei (PPEU) beraten. Weltweit gibt es Piratenparteien in rund 45 Ländern.

Piraten bei 12 % ___ >>>

Offenbach Post vom 16.04.2012

Piraten für 30 Prozent wählbar

Berlin (dpa) ■ Fast jeder dritte Deutsche (30 Prozent) kann sich vorstellen, die Piratenpartei zu wählen. Das größte Potenzial haben die Piraten laut einer Emnid-Umfrage im Auftrag der „Bild am Sonntag“ („BamS“) mit 50 Prozent bei den jungen Wählern bis 29 Jahren. 81 Prozent der Befragten sagten, die Piratenpartei habe Erfolg, „weil sie ganz anders als die anderen Parteien sind“.

Nach Einschätzung von Emnid-Chef Klaus-Peter Schöppner ist die junge Partei so erfolgreich, weil viele Wähler dort eine Alternative sehen: „Sie stehen für ein Weg-von-der-Sprechblasen-Politik und deren vermeintlicher Unehrllichkeit, die alle wichtigen Entscheidungen in Hinterzimmern auskugelt.“

Im aktuellen Sonntags-trend, den Emnid wöchentlich für die „BamS“ erhebt, erreichen die Piraten 12 Prozent - 2 Punkte mehr als in der Vorwoche. Die Grünen rutschen auf den tiefsten Stand seit mehr als zwei Jahren - ebenfalls 12 Prozent (minus 1). Die SPD verharrt demnach bei 26 Prozent, die Union kommt auf 35 Prozent (minus 1). Für die FDP sprachen sich unverändert 4 Prozent aus, für die Linkspartei 7 Prozent.

Offenbach Post vom 19.04.2012

72 Prozent misstrauen Politikern

Berlin (dpa) ■ Laut einer Umfrage misstraut die Mehrheit der Deutschen der Politik: 72 Prozent der Teilnehmer gaben in einer repräsentativen Befragung im Auftrag der Zeitschrift „Hörzu“ an, kein Vertrauen mehr in Politiker zu haben. Zwar interessiert sich eine Mehrheit der Befragten (62 Prozent) für Politik, hält aber nichts von deren Akteuren. 89 Prozent sind vor allem von gebrochenen Wahlversprechen enttäuscht. Ausgenommen von der Politiker-Schelte scheint Kanzlerin Angela Merkel (CDU): Sie mache ihre Job gut, gaben 70 Prozent der Befragten an. 44 Prozent fanden sogar generell, dass Frauen die besseren Politiker seien, hieß es in der-Umfrage.

